



02/2025

Unternehmen vor hybriden Bedrohungen schützen

Als NATO-Mitglied stellt die deutsche Volkswirtschaft ein wesentliches Angriffsziel für feindliche Akteure dar. Angriffe haben dabei an Häufigkeit und Härte zugenommen, während insbesondere staatliche Akteure zunehmend auf Mittel unterhalb kriegerischer Handlungen zur Destabilisierung Europas zurückgreifen. Spionage- und Sabotageaktionen sind bereits vielfach überführt worden. Deutschland und Europa befinden sich damit in einer Form des hybriden Krieges. Das Parlament und die Bundesregierung haben bereits erste Maßnahmen eingeleitet, um diesen Angriffen entgegenzuwirken, darunter die Einrichtung zuständiger Stellen in den Bundesministerien, der Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes sowie des NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes, welches nun erst unter der nächsten Bundesregierung bearbeitet werden wird, das Screening von Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland, um mögliche militärische Hintergründe aufzudecken sowie den Aufbau einer strategischen Lagerhaltung von Rohstoffen und Material. Dennoch gilt Deutschland aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke, seiner geographischen Lage in Europa, sowie einer erhöhten Erfolgswahrscheinlichkeit gegnerischer Angriffe, als geeignetes Ziel. Es braucht geeignete Mittel, um diese Erfolgsrechnung dauerhaft und signifikant zu senken.

Gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind im **Kompetenzcluster Sicherheit & Verteidigung der Wirtschaftsvereinigung der Grünen** Handlungsempfehlungen an die Politik entstanden, um hybriden Bedrohungen künftig effektiver und resilienter zu begegnen:

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Risikobewusstsein erhöhen

Es braucht ein ausgeprägtes Bewusstsein innerhalb der Bevölkerung für die Signifikanz der Bedrohungen und die systematische Vorgehensweise feindlicher Akteure. Nur so werden sich auch unternehmerische Entscheidungen der veränderten Realität in der Breite anpassen. Für die Schaffung dieser Resilienz braucht es geeignete Maßnahmen aus dem politischen Raum, wie öffentliche Aufklärungskampagnen, eine Stärkung von Beratungsangeboten öffentlicher Stellen oder regelmäßige Übungen zwischen Unternehmen und Behörden.

Koordination der Gefahrenabwehr durch einen Nationalen Sicherheitsrat

Ein Nationaler Sicherheitsrat, der Informationen aller relevanten Institutionen zur Sicherheit in Deutschland bündelt und diese in ihrer Gesamtheit einordnet, ermöglicht effiziente und belastbare Entscheidungen. Derzeitige Kooperationen von Ministerien zu diesem Zwecke sind mittel- bis langfristig nicht zielführend und sollten an einer zentralen Stelle gebündelt werden, die rechtlich abgesichert ist und verbindliche Berichtswege einhält.

Sichere Produkte und Produktionsweisen unterstützen

In einem marktwirtschaftlich organisierten System orientieren sich finanzielle Richtungsentscheidungen i.d.R. in Richtung Kosteneffizienz. In Bezug auf die Sicherheit und Anfälligkeit in einer hybriden Bedrohungslage sollten sicherheitsrelevante Merkmale vor allem bei Investitionsentscheidungen jedoch nicht vernachlässigt werden. Aufgrund günstiger Produktionskosten sind Produkte aus dem Ausland für Unternehmen in Deutschland und Europa jedoch zumeist attraktiver, bzw. unternehmerisch die einzige Möglichkeit.

Es braucht Anreize und Förderprogramme, damit in Bezug auf Produktionsprozesse und



Lieferketten nicht an der Sicherheit gespart wird. Ebenso ist ein staatlicher Notfallmechanismus nötig. Darüber hinaus gilt es hinsichtlich kritischer Abhängigkeiten gegenüber autoritären Staaten über Lagerungsansätze von v.a. kritischen Rohstoffen zu sprechen. Zusätzlich sollte über Anpassungen im BImSchG bei Veröffentlichungspflichten im Sicherheits- und Verteidigungsbereich vor dem Hintergrund eines erhöhten Spionageschutzes im Sinne von Geschäftsgeheimnissen nachgedacht werden.

Risikoanalysen auf hohem Standard implementieren

In einer globalisierten Welt basiert die Versorgung mit Materialien und Rohstoffen nahezu komplett auf grenzüberschreitendem Handel. In diesen Prozessen entsteht eine Vielzahl verwundbarer Punkte, z.B. bei Rohmaterialien. Diese müssen verstärkt auf sicherheitsrelevante Lücken, dabei vor allem auf Single Points of Failure (SPOF) analysiert werden. Ein Angriff auf SPOFs hat das Erliegen des kompletten Prozesses zur Folge. Unternehmen müssen dabei unterstützt werden, diese Analyseprozesse in ihren Unternehmen zu implementieren und entsprechende Expertise aufzubauen. Dazu gilt es auch, Expert:innen auf öffentlicher Seite flexibler einzusetzen.

Strategische Position durch nationale Schlüsselkompetenzen ausbauen

Um künftig größere strategische Souveränität zu erlangen, ist es für Deutschland und Europa

fundamental, nationale Schlüsselkompetenzen, in Form von *Bottleneck-Technologien* nach japanischem Vorbild aufzubauen. Deutschland verfügt in gewissen Bereichen, wie z.B. im Maschinenbau oder Automatisierungstechnologien zwar über marktführende Positionen, ist dabei parallel jedoch abhängig von globalen Lieferketten. Indem die Bundesrepublik exemplarisch zunehmend unabhängig von Energieimporten wird, die chemische Industrie weiter unterstützt oder auch die Produktion von Halbleitertechnologien fördert, erlangt sie eine herausragende Position in internationalen, wirtschaftlichen Gesamtsystemen.

Wissenschaft vor Einflüssen schützen

Die Wissenschaft wird zunehmend Ziel von Einflussmaßnahmen und hybriden Angriffen. So werden Akademiker:innen in Deutschland aufgrund ihrer hohen Expertise in entsprechenden Fachbereichen hohe Abwerbsummen und Gehälter im Ausland geboten. Die Wissenschaftslandschaft in Deutschland kann diesen Ansprüchen dabei finanziell nicht nachkommen. Von politischer Seite braucht es dennoch geeignete Maßnahmen und Instrumente wie soziale Unterstützung, attraktive Rückkehrprogramme sowie Einrichtungen, die Einflussnahmen auf Wissenschaft und Forschung identifizieren sowie strenge Sicherheitsvorkehrungen für Forschungsdaten, um den Erfolg äußeren Einflusses auf die Wissenschaft zu verhindern oder umzukehren.

Kompetenzcluster Sicherheit & Verteidigung

Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin
kommunikation@wv-g.de
Hauptgeschäftsführung:
Martin Kaul, Katharina Krüger (stellv.)
Referent*innen Sicherheit und Verteidigung:
Marco Lotz, Emil Halm, Adrian Döhr

Aus der Wirtschaft, mit der Politik: In den Kompetenzclustern entwickeln die Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung der Grünen Perspektiven und Impulse. Diese müssen nicht in jedem einzelnen Fall mit den Positionen jedes einzelnen Mitglieds übereinstimmen. Nähere Informationen zum Cluster [finden Sie hier](#) auf unserer Internetseite.